



Bauwagenplätze nicht grundlos räumen

Die Jungen Liberalen Hamburg sprachen und sprechen sich für verschiedene Formen des zwischenmenschlichen Zusammenlebens aus. Geltendes Recht und Wertevorstellungen einer modernen, aufgeklärten, offenen und liberalen Gesellschaft bilden auch hier den politischen Rahmen. Für die JuLis stellen auch die sogenannten Bauwagenplätze eine Art des Zusammenlebens dar. Eine grundsätzliche Ablehnung dieser Form aus ideologischen Gründen ist für uns diskriminierend.

Die Jungen Liberalen lehnen daher eine generelle Räumung der Bauwagenplätze und die zwangsweise Umquartierung der Bewohner in feste Wohnungen ab.

Vielmehr müssen auch hier gerade hygienische Standards mittels geltendem Recht durchgesetzt werden. Sofern sich Bauwagenplätze auf öffentlichem Grund und Boden befinden, ist mit den Bewohnern, insbesondere bei einer Räumung aus Stadtentwicklungsgründen ein Konzept zu entwickeln, die diese Form des Zusammenlebens an einem anderen Ort erhält.

Bei einem zu räumenden Standort auf einer Fläche, die sich in privatem Eigentum befindet, soll das geltende Mietrecht angewandt werden.

Die Jungen Liberalen lehnen jedoch eine Besetzung von Flächen als Rechtsbruch ab. Jedoch ist in einem solchen Fall – insbesondere bei Besetzung von Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand – in Absprache mit den Besetzenden eine friedliche Regelung zu finden, die den grundsätzlichen Erhalt des gemeinsamen Zusammenlebens in Form eines Bauwagenplatzes sichert.

Das Hamburger Wohnwagengesetz ist entsprechend zu ändern.



Abschaffung des Beamtenstatus der Lehrer

Die Jungen Liberalen erachten den Beamtenstatus der Lehrer als unnötig und kontraproduktiv. Das von den JuLis stattdessen angestrebte Angestelltenverhältnis soll die gerechtere und ergebnisoffenere Evaluierung der Arbeit eines Lehrers mit entsprechenden Konsequenzen ermöglichen.

Die Jungen Liberalen fordern deshalb, bei Neueinstellungen von Lehrern auf die Verbeamtung zu verzichten. Da dieser Schritt jedoch nicht Erfolg versprechend ist, solange er von einem Bundesland im Alleingang vollzogen wird, fordern wir den Senat der Hansestadt Hamburg auf, in der Kultusministerkonferenz der Länder eine bundesweite Einigung herbeizuführen.



Behindertenfreundlicher Ausbau von Bahnhöfen

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern, den behindertenfreundlichen Ausbau aller Bahnhöfe in Hamburg im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu beschleunigen.



Durchsetzung der Schulpflicht

Die Jungen Liberalen fordern, dass der Staat die Schulpflicht notfalls auch mit polizeilichen Mitteln durchsetzt.

Die Polizei soll, in zivil, während der Schulzeit regelmäßig Plätze, die als Aufenthaltsorte Jugendlicher dienen (wie z.B. Kaufhäuser) kontrollieren.

Wird dort ein Schulpflichtiger aufgefunden wird die Schule verständigt und befragt ob dieser zur Zeit in der Schule sein müsste, ist dieses der Fall wird der Jugendliche von der Polizei zur Schule gebracht.



Ehe für alle

Die gesetzliche Ehe soll auch gleichgeschlechtlichen Paaren offen gestellt werden.



Junge deutsche Musik fördern – für eine angemessene Berücksichtigung junger Künstler im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die Jungen Liberalen Hamburg sprechen sich für eine Förderung junger Musiker aus Hamburg aus. Hamburg genießt den Ruf einer Musikhauptstadt. Dazu gehört auch die entsprechende Förderung von Nachwuchsmusikern und –bands und die Möglichkeit einer Präsentation in der Öffentlichkeit. Junge Talente sollten mit deutschsprachiger Musik gerade in den öffentlich-rechtlichen Hörfunksendern faire Chancen bekommen.

Die Jungen Liberalen Hamburgs fordern die FDP-Bürgerschaftsfraktion auf, eine solche verstärkte Berücksichtigung hinzuwirken und NDR-Staatsvertrages wie folgt zu ändern:

In § 5 Abs. 2 Satz 1 wird folgender Halbsatz angefügt:
„im Hörfunk sollen landesspezifische und neuere deutschsprachige Musikproduktionen angemessene Berücksichtigung finden.“



Keine Entmündigung volljähriger Schüler

Im Zuge des Amoklaufes von Erfurt wurde auch in Hamburg im Schulgesetz (SchulG) Änderungen vorgenommen, die vermeintlich der Prävention gegen das Auftreten eines solchen Falles auch an Hamburger Schulen dienen.

Laut dem neuen Schulgesetz können Lehrer auch die Eltern bereits volljähriger Schüler über deren Verhalten und Leistungen im Unterricht informieren, ohne vorher die Genehmigung des betreffenden Schülers eingeholt zu haben.

Dies stellt für die Jungen Liberalen Hamburg einen nicht zu verantwortenden Eingriff in die Freiheit derjenigen Schüler dar, die grade mit der Volljährigkeit sich das Recht erworben haben eigenverantwortlich zu handeln und zu leben.

Das Schulgesetz sieht zwar vor, dass den Schülern ein Widerspruchsrecht zusteht, jedoch ist dies nicht allgemein, sondern auf den konkreten Fall bezogen. Der Widerspruch gegen die Weitergabe vertraulicher Informationen über den Schüler an die Eltern müsste also in jedem Fall erneuert werden. Des weiteren steht zu befürchten, dass dieses in der Praxis eher nicht den Schülern mitgeteilt wird, sondern nur als rechtliche Absicherung „missbraucht“ wird.

Für die Jungen Liberalen Hamburg bedeutet Krisenprävention an Schulen nicht, dass man das Vertrauen der Schüler in ihre Lehrer außer Kraft setzt und nicht, dass man volljährige Schüler entmündigt, indem man ihnen ihre vom Grundgesetz garantierte freie Entscheidungsgewalt über das eigene Leben nimmt. Krisen- und Gewaltprävention kann nur mit den betreffenden Schülern selbst stattfinden und nicht hinter ihrem Rücken.

Daher fordern die Jungen Liberalen Hamburg die FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft auf, sich für die entsprechenden Änderungen in Paragraph 32 Absatz 4 und Paragraph 3 Absatz 4 des Hamburgischen Schulgesetzes stark zu machen.



Keine Schuluniformen als Zwang

Die Jungen Liberalen Hamburg lehnen eine einseitig von Senat oder von Schulleitungen angeordnete Schuluniformpflicht für einzelne oder alle Hamburger Schulen ab. Ob und in welcher Form Schuluniformen eingeführt werden, darf nur im Einvernehmen mit den betroffenen Schülern und Eltern entschieden werden.



Mehr Kohle für Bildung – Gegen Zuzahlung bei Lehrmitteln

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die FDP und ihre Fraktion in der Bürgerschaft auf, die Lehrmittelfreiheit in bisherigem Umfang aufrechtzuerhalten.

Dies steht im Einklang mit den von der FDP geforderten und im Koalitionsvertrag enthaltenen Schwerpunkt „Bildung“. Die Jungen Liberalen unterstützen Senator Rudolf Lange in jeder Hinsicht in seinem Bemühen, Einsparungen vom Haushalt der Behörde für Bildung und Sport abzuwenden. Praktizierte Prozedere der Zuzahlung müssen durch eine umfassende Bereitstellung von Materialien durch die Behörde ersetzt werden.



Neue Rechtschreibung beibehalten

Die Jungen Liberalen fordern die Beibehaltung der neuen Rechtschreibung. Die Übergangsfrist an den Schulen, die es den Schülern ermöglicht entweder ganz nach der alten Rechtschreibung oder ganz nach der neuen Rechtschreibung zu schreiben, soll um weitere 5 Jahre verlängert werden.



Organspendegesetz ändern

Die Anzahl der Erklärungen zur Organspendebereitschaft liegt deutlich unter der statistisch ermittelten Bereitschaft zur Organspende. Durch einen Mangel an spendefähigen Organen, der durch das grundsätzliche Verbot des Organhandels weiter verschärft wird, treten folgende Probleme auf:

- es entstehen verdeckte Märkte im Ausland, in denen Organhandel mit z.T. geraubten Organen stattfindet.
- bei Unfällen richtet sich die Behandlung bestimmter Schwerstverletzter nach der Bereitschaft zur Organspende.

Deshalb soll die persönliche Entscheidung einer Organspende forciert werden.

Eine Entscheidung muss zwangsläufig bei Beantragung der neuen Krankenkassenkarte gefällt werden und wird auf dieser Karte festgehalten.

Die Entscheidung kann jederzeit geändert werden, und soll vom (Haus-)Arzt auf die Karte geschrieben werden können. Zusätzlich zur grundsätzlichen Information über die Entscheidung sollen folgende Zusatzfelder vorgesehen werden:

- Ja, alles spenden
- Nein, nicht spenden
- Ja, aber keine massiven visuellen Beeinträchtigungen des Corpus
- Ja, aber folgendes Organ nicht (Text, nur Organnamen und Anzahl, z.B. um "Ausweidung" zu verhindern oder bei religiösen Vorbehalten). Dazu sollte schriftliche Hilfestellung gegeben werden.



Planetarium im Stadtpark

Das Planetarium Hamburg wird auch in Zukunft an seiner traditionellen Stätte, dem Schumacher-Wasserturm im Stadtpark, bleiben. Pläne des Senats, das Planetarium in die Hafencity zu verbannen, lehnen die Jungen Liberalen Hamburg ab und fordern den Senat auf, diese schleunigst ad acta zu legen.

Der durch den Hamburger Senat geplante Umzug des Planetariums vom Stadtpark in die neue Hafencity stellt eine Verschwendung von Steuergeldern i.H.v. weit mehr als 10 Millionen € dar, weil er für den Erfolg des Planetariums nicht notwendig ist.

Es droht vielmehr eine unnatürliche Konzentration sämtlicher Attraktionen der Stadt in der Hafencity. Dies ist nicht nur negativ für die anderen Stadtteile, sondern die planwirtschaftliche Entwicklung der Hafencity am Reißbrett birgt die Gefahr in sich, dass erfolgreiche Institutionen – wie eben das Planetarium – in Zukunft an Zulauf verlieren werden, zumal das Planetarium gerade von seiner Historie und ortsspezifischen Einzigartigkeit profitiert

So plant der Senat in der Hafencity mehrere Kunst- und Kulturprojekte, deren langfristige Finanzierung, das steht bereits heute fest, nur durch Steuergelder funktionieren soll. Die beabsichtigte Verlegung des Planetariums wird da keine Abhilfe schaffen, sondern läuft selbst Gefahr, zum Subventionsfall zu werden.

Im übrigen gibt es kein Konzept, was im Falle des Umzugs mit dem aufwendig modernisierten Wasserturm im Stadtpark geschehen soll. Diesen ohne sinnvolle Nutzung zu lassen ist aus ökonomischen und städteplanerischen Gesichtspunkten nicht akzeptabel.



Keine Erhöhung der Rundfunkgebühr!

Die Jungen Liberalen Hamburgs fordern die FDP-Bürgerschaftsfraktion auf, soweit unter Beachtung der verfassungsgerichtlichen Vorgaben möglich, einer Erhöhung der Rundfunkgebühren für die Periode 2005 – 2008 nicht zuzustimmen.

Die JuLis fordern die FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft auf, darauf hinzuwirken, dass der Senat sich angesichts der Anmeldungen des Finanzbedarfes der Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten bei der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) in gleichem Sinne positioniert.



Vorrangig private Mittel an Sammlung Tamm

Die Jungen Liberalen Hamburg lehnen die zugesagten Zuwendungen für die Tammsche Sammlung bzw. die entsprechende Stiftung zum derzeitigen Zeitpunkt ab. Zusagen einzelner Senatsmitglieder sind zu revidieren. Die FDP-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, aktuell keinen Zuwendungen an die Tammsche Sammlung zuzustimmen.

Sofern ein museales Konzept für die neue Sammlung Tamm und ein finanzielle Konzept für die zugehörige Stiftung vorliegt, ist letztlich über Zuwendungen zu entscheiden. Blanko-Zusagen über Haushaltsmittelvergaben sind für die Jungen Liberalen eine Abkehr von sparsamer Mittelverwendung.

Die Jungen Liberalen betrachten darüber hinaus die aktuell im Raum stehende Höhe der Zuwendungen von bis zu 40 Mio. Euro in der derzeitig angespannten Haushaltslage als zu hoch. Vielmehr sind diese Mittel zuerst in die Modernisierung von Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen zu investieren.

Die Jungen Liberalen sprechen sich dafür aus, private Gelder und Sponsoren für die weltweit einmalige Sammlung zu finden – auch mit Unterstützung der Stadt.



Sesamstraße retten

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern den NDR auf, die „Sesamstraße“ im Vorabendprogramm des Dritten Programms zu belassen.



Stellungnahme des Integrationsbeirates

Die Jungen Liberalen fordern den Integrationsbeirat auf, endlich eine Stellungnahme zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes ab dem 01.01.2002 in Hamburg abzugeben.



Ja zu Freiheit und Verantwortung der Hamburger Hochschulen in Bezug auf Studiengebühren!

Die Jungen Liberalen Hamburg begrüßen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, den Bundesländern die Freiheit zur Entscheidung über die Erhebung von Studiengebühren zu überlassen. Ferner begrüßen wir ausdrücklich den Plan der Hamburger Wissenschaftsbehörde den einzelnen Hamburger Hochschulen diese Entscheidungsfreiheit direkt zukommen zu lassen. Damit ist der Weg frei für mehr Wettbewerb unter den einzelnen Hochschulen und somit einer Verbesserung von Forschung und Lehre.

Doch jede Form von Freiheit geht mit besonderer Verantwortung einher. Darum fordern die Jungen Liberalen Hamburg, dass parallel zur erstmaligen Einführung von Studiengebühren die Mindesthöhe der staatlichen Zuschüsse an die öffentlichen Hochschulen auf dem aktuellen niedrigen Niveau bereits festgeschrieben sein muss, damit sich die entsprechende Budgetierung im Haushalt nicht zuungunsten der Hochschulen verschiebt. Ebenfalls ist durch die Politik sicherzustellen, dass die Einnahmen aus den Studiengebühren grundsätzlich den Hochschulen direkt und ohne Umwege über staatliche Institutionen zu Gute kommen, um Verwaltungsaufwand und sonstige Kosten zu vermeiden.

Nach einer dreijähriger Prüfungsphase sollte die geplante Begrenzung des erlaubten Maximalbetrages der Studiengebühr in Höhe von 500 Euro je Semester auf 1000 Euro, nach weiteren zwei Jahren auf 2500 Euro (insbesondere im Hinblick auf die dann im Rahmen des Bologna-Prozesses flächendeckend eingeführten Masterstudiengänge) festgeschrieben werden.

In diesem letzten Schritt sollen zudem auch die einzelnen Fachbereiche individuell die Höhe der Gebühren der von ihnen angebotenen Studiengänge festsetzen dürfen.

Die Hochschulen selber sind zugleich rahmenvertraglich zu einem nachprüfbareren, effizienteren Wirtschaften und einer radikalen Verbesserung der Lehrsituation anzuhalten. Das schließt unter anderem eine Pflicht zur intensivierten Drittmittelwerbung, mithin einer stärkeren Kooperation mit Unternehmen und Verbänden vor allem zu Forschungszwecken und in Bezug auf Stiftungs-/Honorarprofessuren, ein.

Es ist im genannten Landesrahmenvertrag zudem klarzustellen, dass sich die jeweilige Hochschule mit der Erhebung von Studiengebühren zur

bedingungslosen Gewährleistung eines zügigen Studiums und damit unter anderem der Bereitstellung von ausreichend Seminar-, Labor- und Tutoriumsplätzen etc. zu akzeptablen Bedingungen bereiterklärt. Die nachgewiesene Nichteinhaltung dieser Prämisse ist ebenso wie der ersatzlose Ausfall ganzer Vorlesungen mit Rückerstattung der Studiengebühr plus 3000 Euro für die grundlegenden Lebenshaltungskosten im „verlorenen“ Semester an die betroffene Person zu sanktionieren.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Studierenden an der Entscheidung über die Verwendung der Mittel beteiligt sind.

Die Finanzierung von Studium und Gebühren muss im Sinne der Chancengerechtigkeit von der jeweils aktuellen finanziellen Lage des individuellen Studierenden unabhängig sein. Ihre zeitlich unbegrenzte Gewährleistung in Form eines Darlehens ist unabdingbare Prämisse für die Einführung von Studiengebühren. Daher begrüßen die Jungen Liberalen Hamburg die Bereitschaft der bundeseigenen KfW-Bankengruppe, Studentinnen und Studenten auch weiterhin im Kreise der Kreditwürdigen zu führen und ihnen Darlehen zur Verfügung zu stellen. Bisweilen zu vernehmende Rückzugstendenzen seitens der KfW aufgrund der Übernahme des Ausfallrisikos bei der Bereitstellung von Krediten für die Studiengebühren sind nicht hinzunehmen.

Wir beobachten daher ebenfalls mit Interesse die Bestrebungen der privaten Banken, sich eventuell in den Markt der Studienfinanzierung zu begeben, auf dem sich dann Wettbewerbsstrukturen zugunsten der Studierenden etablieren können.

Der Zinssatz des Kredites der KfW sollte auf eine Höhe von den derzeit geltenden 5 v.H. Nominalzins mit einer geringen Schwankungstoleranz von 1 v.H. festgelegt werden, um bei steigenden Leitzinsen und ggf. auch Gebühren einen zu hohen Anstieg der Zinsbelastung der Studierenden und damit einen „Abschreckungseffekt“ zu vermeiden sowie eine potentiell verlockende Refinanzierungsquelle des Bundeshaushaltes zu verschließen. Eventuell in naher Zukunft erfolgende Angebote durch private Banken sind zu begrüßen und bleiben von dieser Regelung natürlich ausgeschlossen.

Auch für die Rückerstattung des Darlehens muss die Sozialverträglichkeit ein zentrales Ziel sein. Daher sind vertragliche Bestimmungen für die Rückzahlung wie z.B. ein Mindesteinkommen von monatlich 1500 Euro brutto plus eines Kinderfreibetrages in Höhe von 500 Euro je Kind erstrebenswert. Solange es sich bei der Gebührenfinanzierung um einen monopolistischen Markt handelt muss der Staat hierfür garantieren. Sobald jedoch mehrere Anbieter auftreten wird sich dieses Problem über den Wettbewerb regeln und der Staat hat sich wieder auf seine Aufsichtsfunktion in Form der Kartellbehörde zu beschränken.

Die JuLis Hamburg fordern darüber hinaus eine zunehmende Anstrengung der Hochschulen bei der Einbindung der Absolventinnen und Absolventen der jeweiligen Hochschulen in deren langfristige Finanzierung.

Diese wichtige, langfristige Komponente in der Hochschulfinanzierung sollte die Möglichkeit einer geringen, nachgelagerten Studiengebühr in Abhängigkeit vom Einkommen beinhalten. Sie ist als eine Art umgekehrter Generationenvertrag

zu verstehen und soll dem Aufbau eines Kapitalstocks sowie in absehbarer Zukunft der Bereitstellung von „venture capital“ für junge Unternehmensgründer von der jeweiligen Hochschule dienen.

Der aus der Hamburger Wissenschaftsbehörde stammenden Idee, das vorab genannte Darlehenssystem der KfW mittelfristig als Ersatz des BAföG („Hamburger Modell“) zu sehen, erteilen die JuLis eine klare Absage.



Einführung eines Freiwilligen Bundeswehrjahres

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern als Ergänzung zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) die Einführung eines Freiwilligen Bundeswehrjahres (FBJ).



Islamische Partnerstadt für Hamburg

Die Jungen Liberalen fordern die Hansestadt Hamburg zum Ziele der Völkerverständigung, insbesondere der Verbesserung der Beziehungen zwischen der muslimischen und der westlichen Welt, auf, eine neue Städtepartnerschaft zu begründen.



Schluss mit Märchen vom sog. „Bürgerlichen Lager“

Die Jungen Liberalen fordern die Freie Demokratische Partei (FDP) auf, nicht weiter das Märchen vom so genannten „Bürgerlichen Lager“ zu propagieren.



Hände weg vom Stabilitätspakt!

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die Bundesregierung auf, den Vertrag von Maastricht und den damit verbundenen Stabilitätspakt für den Euro zu achten und von weiteren Versuchen den Stabilitätspakt aufzuweichen oder gar abzuschaffen abzusehen.

Der Stabilitätspakt mag in seiner Ausgestaltung hart und streng sein, jedoch dient er der Absicherung des Euro gegen finanzpolitische Willkür in den einzelnen Mitgliedsstaaten, die sonst geneigt wären aus kurzfristigen Überlegungen hinaus mit den Schulden von Heute die nächsten Generationen in Europa in ihrer Handlungsfreiheit einzuschränken.

So lange die politische Einheit Europas und mit ihr eine einheitliche europäische Finanzpolitik nicht hergestellt ist darf der Stabilitätspakt vor allem in seiner disziplinierenden Eigenschaft nicht in Frage gestellt werden.

Gerade Deutschland als größte Volkswirtschaft der Europäischen Union kommt bei der Einhaltung der Stabilitätskriterien eine ganz besondere Rolle zu. Dementsprechend muss die Bundesregierung im eigenen Land die Kriterien einhalten. Ausgabenkürzungen sind dabei Steuererhöhungen vorzuziehen.



Schnellbahnanbindung an Wochenendnächten auch für Rahlstedt - Nachtverkehr in den Randgebiete erhalten

Die Jungen Liberalen Hamburg begrüßen die Einführung des Nachtverkehrs der Hamburger U- und S-Bahnen in den Wochendnächten zum Fahrplanwechsel am 12.12.2004.

Den Jungen Liberalen Hamburg ist es jedoch unverständlich, weshalb ausgerechnet der bevölkerungsreichste Hamburger Stadtteil - Rahlstedt - nicht in das Schnellbahnangebot an Wochenendnächten mit einbezogen werden soll.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern zur schnelleren und hochwertigeren Erschließung des Stadtteils Rahlstedt, die Züge der Linie R10 auf Hamburger Gebiet künftig ebenfalls in den Wochenendnächten verkehren zu lassen.

Gleichzeitig mit der Einführung des Schnellbahnangebots an Wochenendnächten in Hamburg befürchten die Jungen Liberalen Hamburg eine Reduzierung des Nachtbusverkehrs der Erschließungslinien insbesondere in den Randregionen der Stadt.

Die Jungen Liberalen Hamburg sind der Auffassung, das Mehrausgaben für den nächtlichen Schnellbahnverkehr nicht durch Kürzungen in den Nachtbusanbindungen der nicht an einer Schnellbahnstation gelegenen Stadtgebiete finanziert werden dürfen.

Insbesondere in den Wochenendnächten muss auch die Feinerschließung mit Buslinien im bisherigen Umfang gesichert werden. Ein sicheres und unkompliziertes Erreichen ihrer Unterkunft mit dem ÖPNV muss insbesondere für Jugendliche an Wochenendnächten weiterhin gewährleistet sein.



HotZone für Hamburg

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die Errichtung eines kostenlosen, drahtlosen Internetzugangs in der Hamburger Innenstadt (HotZone). Nach dem Vorbild von Philadelphia und San Francisco ist dies durch den Hamburger Senat in Form einer öffentlichen Ausschreibung mit dem Ziel einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP) zu realisieren. Wie die Erfahrungen aus Philadelphia zeigen, kann sich ein solches Netzwerk bereits über Werbung finanzieren.

Bezüglich der räumlichen Ausdehnung der HotZone schlagen die Jungen Liberalen in einer ersten Phase das Gebiet des Rings 1 und der HafenCity vor. Jeder mit entsprechender Hardware Ausgestattete könnte hier dann hier einen Internetzugang nutzen. Dies wird die Attraktivität Hamburgs für Touristen, Geschäftsleute und vor allem auch junge Leute wesentlich steigern. Hätte der Senat so schnell wie Philadelphia gehandelt, könnten bereits im Sommer 2006 Fußball-Fans aus aller Welt über die Modernität unserer Stadt staunen. Nun sollte das Ziel sein, zumindest in Deutschland und Europa eine Vorreiterrolle zu spielen.



Junge Liberale

Hamburg

Lichtpflicht für KFZ in den Wintermonaten

Die Jungen Liberalen befürworten zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr eine ganztägige Lichtpflicht für Kraftfahrzeuge von Oktober bis März.



Ortsteilschilder müssen bleiben

Die Jungen Liberalen wenden sich gegen das Vorhaben des Bezirksamtes Wandsbek, die Ortsteilschilder in Meiendorf, Oldenfelde, Alt- sowie Neurahlstedt abzuschaffen.

Die Jungen Liberalen sprechen sich ausdrücklich für den Erhalt der Ortsteilschilder aus und sehen die Entwicklung in Wandsbek mit größter Sorge, da ein Präzedenzfall für weitere Hamburger Bezirke geschaffen werden könnte. Auch die Ortsteilschilder in anderen Bezirken, beispielsweise von Klein Borstel in Hamburg-Nord, sind erhaltenswert.

Die Jungen Liberalen befürworten „Schild-Patenschaften“ für zur Entfernung vorgesehen Ortsteilschilder. Dabei überträgt das Bezirksamt die Erhaltung der Schilder auf freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger bzw. Vereine.



Verbesserung der Schulwegbeleuchtung

Die Jungen Liberalen Wandsbek setzen sich für eine Verbesserung der Schulwegbeleuchtung ein. Sie fordern die zuständigen Ämter und Behörden auf, die Schulwegbeleuchtung durch zusätzliche Straßenlaternen auf den von Schülern viel genutzten Wegen zu Schulen zu verbessern.



U-Bahn-Haltestelle Johnsallee

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern, dass schnellstmöglich mit dem seit lange geplanten Bau einer Haltestelle „Johnsallee“ der U1 begonnen wird. Damit wird der Uni-Campus vollwertig in das Nahverkehrsnetz eingegliedert und ein Teil der meist überfüllten Metrobusse der Linien 4 und 5 entlastet.



Fußball-WM auch für „Rucksack-Touristen“

Die Freie und Hansestadt Hamburg rechnet für die Zeit der Fußball-WM mit vielen, vor allem jugendlichen Rucksacktouristen. Bislang gibt es aber im Gegensatz zu einigen anderen WM-Städten noch kein Konzept, wo man diese unterbringen könnte, zumal Jugendherbergen u.ä. bereits ausgebucht sind. Eine bereits letzten Sommer entwickelte Idee, die Trabrennbahn Bahrenfeld zu diesem Anlass in eine Zeltstadt zu verwandeln, wurde nicht weiter verfolgt.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern, dass der Senat und insbesondere die für dieses Sportgroßereignis zuständige Bildungsbehörde in Kooperation mit privaten Trägern, eine adäquate Unterbringungsmöglichkeit für die Rucksacktouristen schaffen. Dieses sowie eine Informationspolitik, die vor und während der WM auf entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten jenseits teurer Hotels und ausgebuchter Herbergen hinweist, sind insbesondere unter Jugendlichen eine mindestens genauso wirksame Werbung für die Gastfreundschaft Hamburgs sowie für Kompetenz im Umgang mit Großereignissen im allgemeinen.



Ablehnung der Drittüberwachung

Die Jungen Liberalen Hamburg lehnen eine Ausweitung der Einsatzfelder von Maßnahmen mit verdecktem Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes auf nicht-verdächtige bzw. dritte Personen ab, von denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält, wie es in § 8 Abs. 3 HbgVerfSchG-E geregelt werden soll.



Deputationen abschaffen – Ausschüsse stärken

Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung der Deputationen in Hamburg. Die Rechte der Deputationen sollen weitgehend auf die entsprechenden Ausschüsse der Bürgerschaft übergehen.



Vorgaben für ein Informationsfreiheitsgesetz für Hamburg (IFG-HH)

Die Hamburger Jungen Liberalen haben sich auf der Sitzung des Landesarbeitskreises Freiheit, Sicherheit und Medien am 16.04.2002 für die zügige Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes auf Bundes- und Landesebene ausgesprochen, wie es bereits in Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein in Kraft ist. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland bei der Informationsfreiheit zum Schlusslicht in Europa wird. Fast alle westlichen Industriestaaten haben ihren Bürgern bereits Akteneinsichtsrechte garantiert, während in Deutschland noch das alte obrigkeitstaatliche Prinzip der Amtsverschwiegenheit herrscht. Hiergegen wenden sich die Hamburger Jungen Liberalen, setzen sich für mehr Bürgerrechte bei der Akteneinsicht und eine einhergehende Stärkung der Presse und journalistischen Recherchemöglichkeiten ein und fordern mehr Transparenz, um Filz und Korruption vorzubeugen. Dem besonderen Spannungsverhältnis zwischen weitgehenden Auskunftsansprüchen und dem aus liberaler Sicht in höchstem Maße zu berücksichtigenden und sicherzustellenden Schutz von personenbezogenen Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Wirtschaft ist unbedingt Rechnung zu tragen.

Für dieses dringend notwendiges Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte gegenüber dem Staat, aber auch zur Stärkung der Presse vertreten die Jungen Liberalen Hamburg folgende Positionen:

a) Auskunft bei schwebenden Verfahren

Einige Landesgesetze als auch der Entwurf des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes sehen vor, dass bei schwebenden Verwaltungsverfahren die Auskunft verweigert wird.

Die Jungen Liberalen Hamburg plädieren für eine Orientierung an den Landespressegesetzen und sind der Auffassung, dass eine Auskunft bei schwebenden Verfahren nur dann verweigert werden darf, wenn die Auskunft die sachgerechte Durchführung des Verfahrens vereiteln, erschweren,

verzögern oder gefährden würde. Der bloße Hinweis auf ein schwebendes Verfahren reicht in dem Falle nicht aus. Gerade Verwaltungsverfahren, die noch nicht abgeschlossen sind, interessieren die Öffentlichkeit und den einzelnen Bürger jedoch mehr als "vollendete Tatsachen". Daher sollte unter der Maßgabe, dass es für die Bürger keine restriktivere Auskunftserteilung bei laufenden Verfahren gibt, als es für die Presse nach den Landespressegesetzen bereits jetzt existiert, eine nur sehr enge Einschränkung der Ablehnung des Auskunftersuchens bei schwebenden Verwaltungsverfahren gefasst werden.

b) Gebühren für die Auskunft

Angesichts der angespannten Haushaltslage und Sparpolitik ist jede Maßnahme, die Mehrkosten für das Land bedeuten würde, nicht umsetzbar. Daher müssen auch aus Sicht der Jungen Liberalen Hamburg zwangsläufig Gebühren erhoben werden, die zwar moderat, aber dennoch zumindest kostendeckend sein sollten. Auch im Sinne einer Missbrauchsverhinderung und somit der Gefahr der Beeinträchtigung der Arbeit in der Landesverwaltung muss eine Gebühr eine Schwelle darstellen um der einfachen Form der Antragsstellung noch eine Hürde bei der übermäßigen, schnellschüssigen Inanspruchnahme auszuschließen. Auch würde einige kommerzielle Informationsanbieter einen unbilligen Wettbewerbsnachteil erleiden, wenn keinerlei Gebühren erhoben werden.

Evtl. sollte es aber Ausnahmen und Befreiungen von den Gebühren geben: Der einem Informationsfreiheitsgesetz entsprechende "Freedom of Information Act" in den USA sieht einen Gebührenerlass vor, wenn die gewünschten Informationen dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit einen besseren Einblick in die Arbeit der Regierung erhält und der Antragsteller keine eigenen geschäftlichen Interessen verfolgt. Journalisten und Mitarbeiter nichtkommerzieller wissenschaftlicher Einrichtungen werden ausdrücklich als Vertreter von Berufsgruppen genannt, bei denen grundsätzlich ermäßigte Gebühren gelten, die unter Umständen sogar ganz erlassen werden können.

c) Auskunftsfristen

Einige Gesetze oder –entwürfe andere Bundesländer oder des Bundes sehen keine Frist vor, innerhalb der die Auskunft erteilt werden muss. In diesem Falle gelten die Vorschriften der allgemeinen Gesetze, nämlich dass nach drei Monaten die Möglichkeit einer Untätigkeitsklage eröffnet wird. Die Jungen Liberalen Hamburg befürworten die Regelung des Landes Schleswig-Holstein, die besagt, dass die Auskünfte "unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines Monats" erteilt werden sollen. Bei einer längeren Frist wird das vorgesehene Recht zur Akteneinsicht bei laufenden Verwaltungsverfahren möglicherweise ad absurdum geführt und verliert den Sinn, wenn durch einfaches Abwarten der

betreffende Verwaltungsvorgang abgeschlossen ist und nunmehr „vollendete Tatsachen“ geschaffen wurden.

d) Internetnutzung / E-Government / Elektronische Verwaltung

Die Hamburger Jungen Liberalen möchten darauf hinwirken, dass Hamburg bei der Internetnutzung und der elektronischen Verwaltung eine Vorreiterrolle spielt und anhand dieses Gesetzes beispielhaft E-Government praktiziert. Nach Auffassung der Jungen Liberalen kommt dem Informationsmedium Internet symbolhafte Bedeutung bei der Informationsbereitstellung und im Zuge des Transparenzgedanken des geplanten Informationsfreiheitsgesetzes zu. Eine weitestgehende Einbeziehung dieses Medium in den Auskunft- und Informationsvorgang soll sichergestellt sein:

- Anträge sollen ohne das Erfordernis einer qualifizierten digitalen Signatur per Email gestellt und beantwortet werden, es sei denn, dass der Inhalt der angefragten Informationen dies aus Datenschutzgründen rechtfertigt.
- Oft nachgefragte Dokumente sollten nach amerikanischem Vorbild im Internet veröffentlicht werden ("Electronic Reading Rooms"). Aus diesen Verzeichnissen sollen sich die vorhandenen Informationssammlungen und – zwecke erkennen lassen.
- Analog der Regelungen in § 12 IFG-NRW sollen Geschäftsverteilungspläne, Organigramme und Aktenpläne in elektronischer Form allgemein zugänglich gemacht werden. Nur wenn die Bürger wissen, wer was macht, sind sie ja auch in der Lage, gezielte und möglicherweise erfolgreiche Anträge zu stellen.

Hinsichtlich dem Kostenersparnisfordernis weisen die Jungen Liberalen Hamburg darauf hin, dass Email Porto-Kosten spart, bei der Plattform für die "Electronic Reading Rooms" sollen diese im Rahmen von Private-Public-Partnerships erarbeitet und betrieben werden, so dass die Kosten hier auch gegen Null gehalten werden können.

e) Informationelle Selbstbestimmung

Die Jungen Liberalen Hamburg sowie die FDP Hamburg haben sich für die Schaffung eines explizit ausformulierten Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung im Grundgesetz ausgesprochen und einen diesbezüglichen Antrag verabschiedet. Es ist daher aus liberaler Sicht geboten, dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, d.h. dem Schutz personenbezogener Daten sowie Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einen

größtmöglichen Stellenwert auch bei einem Informationsfreiheitsgesetz einzuräumen, bei dem Gegenstand der Auskunftersuchen personenbezogene Daten oder Betriebs-/Geschäftsgeheimnisse sein können (steuerliche Informationen, etc.) sein können.

aa) Schutz personenbezogener Daten

Für die Jungen Liberalen gilt der absolute Schutz personenbezogener Daten, die nur durch wenige Ausnahmen dennoch preisgegeben werden sollen, bspw. wenn die Veröffentlichung aufgrund eines anderen Gesetzes bereits erlaubt ist oder sich auf öffentlich zugängliche Informationen beschränkt. In Bezug auf die Ausnahmen halten die Jungen Liberalen Hamburg die Regelungen des Landes NRW, dem auch die FDP zugestimmt hat, für anlehenswert.

bb) Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Um den Anforderungen der Verhinderung einer unbilligen Veröffentlichung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der in Hamburg ansässigen Unternehmen und Wirtschaft gerecht zu werden und die legitimen Interessen zu schützen. Auch hier gilt das IFG-NRW als nachahmenswert.

f) Weitere Hinweise

Befürchtungen, ein solcher Informationsanspruch würde die Hamburger Behörden übermäßig belasten und die ohnehin überarbeiteten Beamten zusätzlich unzumutbar in Anspruch nehmen und binden, sind unbegründet und von der Hand zu weisen. Als Beispiel sei hier die Stadt Köln erwähnt, die nach dem Informationsfreiheitsgesetz NRW in den ersten vier Monaten vom Inkrafttreten des Gesetzes am 1.1.2002 bis 1.4.2002 genau vier Auskunftersuchen zu verzeichnen hatte.

Insgesamt entstehen auch für die öffentlichen Kassen keine zusätzlichen Kosten, da zudem durch Gebühren für die Auskunftserteilung die entstehenden Kosten ersetzt werden.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Jungen Liberalen Hamburg die Notwendigkeit einer Einschränkung des Anwendungsbereichs hinsichtlich der staatlichen Stellen sieht und die in den bereits existierenden IFG'en Ausnahmen befürwortet.



Kinder an die Macht?

Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen ein elterliches „Wahlrecht für Kinder“ aus. Die Interessen von Eltern und Familien müssen auf andere Weise stärker politisch berücksichtigt werden.



Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die FDP Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft auf, die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes deutlich zu stärken. Dazu fordern die Jungen Liberalen Hamburg insbesondere

1. die Aufnahme der Maßnahmen mit verdecktem Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes in die Berichtspflicht des Senates an den Parlamentarischen Kontrollausschuss durch Änderung des § 26 Abs. 4 HbgVerfSchG insoweit, dass die Absätze 3-8 des § 8 HbgVerfSchG in den Katalog aufgenommen werden;
2. eine Erweiterung des Pflichtenkatalogs des Parlamentarischen Kontrollausschusses durch Änderung des § 25 Abs. 7 HbgVerfSchG insofern, dass der Bericht des Ausschusses über die Kontrolltätigkeit nunmehr halbjährlich vorzulegen und im Hinblick auf den verdeckten Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes mit einer Erfolgsbilanz zu versehen ist.



Nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung nur bei Anordnungsvorbehalt im Strafurteil

Die Jungen Liberalen begrüßen die Regelung, dass bei verurteilten Sexualstraftätern ein Vorbehalt, der an die Verbüßung der Haftstrafe nachfolgende Sicherheitsverwahrung ermöglicht, in das Urteil aufgenommen werden kann.

Gleichzeitig sprechen sich die Julis entschieden gegen die Einführung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung für Sexualstraftäter im Wege der Gefahrenabwehr aus. Eine Sicherungsverwahrung muss bereits im Urteil stehen.



Ein neues Wahlrecht für Hamburg

Hamburgs Wahlrecht, wonach mit nur einer Stimme die Landesliste einer Partei gewählt wird, ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Dies bekam die Bürgerschaft schon in zwei Abschlussgutachten attestiert (1991 Enquete-Kommission zur Parlamentsreform und 1997 Unabhängige Kommission zum Status der Bürgerschaftsabgeordneten). Die Hamburger Julis fordern, dass ein neues Wahlrecht verabschiedet wird. Wir schlagen ein stark personalisiertes Verhältniswahlrecht vor, dass den Einfluss der Wähler stärkt, die innerparteiliche Demokratie verbessert und die Akzeptanz des parlamentarischen Systems fördert. Gleichzeitig soll das neue Wahlrecht aber gut durchschaubar und einfach zu handhaben sein, sowie die Besonderheiten des Stadtstaates berücksichtigen. Mit den nachfolgenden Kernpunkten lässt sich dies aus Sicht der Julis erreichen:

1. Wahlkreise

Während bislang ganz Hamburg einen Wahlkreis bildete, müssen endlich in den Stadtteilen Wahlkreise gebildet werden. Bürgernähe und direkte Rechenschaft gegenüber dem Bürger sind nur so zu bewerkstelligen.

Die Anzahl der Wahlkreise soll aber nicht 20 übersteigen, damit je nach Einwohnerzahl drei bis fünf Kandidaten direkt gewählt werden können, sog. Mehrmandatswahlkreise.

Den Zuschnitt soll eine unabhängige Wahlkreiskommission bestimmen.

2. Kumulieren & Panaschieren

Eine Stimme reicht nicht – auch nicht im Wahlkreis. Dem SPD-Vorschlag, einfach das Bundestagswahlrecht auf Hamburg zu übertragen, wird eine Absage erteilt. Das Bundestagswahlrecht würde nur die beiden großen Volksparteien stärken und durch Überhangmandate die Bürgerschaft „aufblähen“.

Deshalb müssen die Wähler/Bürger mit ihren Stimmen Schwerpunkte setzen können. Entweder durch vereinen auf einen einzigen Kandidaten (Kumulieren) oder durch verteilen auf einzelne Bewerber verschiedener oder gleicher Parteien (Panaschieren).

Hierfür muss der Bürger fünf Stimmen erhalten. Sinnvoll erscheint eine Anzahl von bis zu 5 Stimmen. Die schlechten Erfahrungen anderer Städte und Kommunen mit bis zu 93 Stimmen gebietet eine leichte Verständlichkeit des neuen Wahlsystems.

3. Beibehaltung des Verhältniswahlrechts

Die Zahl der 121 Sitze in der Hamburgischen Bürgerschaft sollen unter Einbeziehung der Regelungen zum Kumulieren und Panaschieren nach dem personalisierten Verhältniswahlrecht stattfinden.

4. Bezirksversammlungen stärken

Die Termine zur Wahl der Bezirksversammlungen sollen von dem Termin zur Bürgerschaftswahl entkoppelt werden und alle 5 Jahre zeitgleich mit der Europawahl stattfinden.

5. besserer Datenschutz

Das Parteienprivileg, für ihre Wahlwerbung die Adressen von Hamburger Bürgern bei den jeweiligen Melderegistern zu erhalten, muss abgeschafft werden.

Die Julis begrüßen in diesem Zusammen die Volksinitiative „Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg“, in dem sich viele Juli-Positionen wieder finden.



Politikergehälter komplett offen legen

Die Jungen Liberalen fordern die FDP-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass Bundestagsabgeordnete in Zukunft zusätzlich zu den derzeit geltenden Verhaltensregeln Art, Höhe und Herkunft ihres gesamten Einkommens offen legen müssen. Diese sollten – mitsamt den während der Mitgliedschaft im Parlament ausgeübten Tätigkeiten – dem Bundestagspräsidenten mitgeteilt und im Handbuch des Bundestages veröffentlicht werden.

Weiterhin sind Nachweise zu erbringen, dass für die Einkünfte auch tatsächliche eine Tätigkeit stattgefunden hat. Alle Abgeordneten die keine Tätigkeiten nachweisen können, sind in den Augen der Jungen Liberalen nicht länger als Vertreter des Deutschen Volkes zu akzeptieren.

Die FDP muss hier die Chance ergreifen, als Vorreiterin bei Transparenz, Offenheit und Verantwortungsbewusstsein das Vertrauen der Bevölkerung zurück zu gewinnen.

Die Jungen Liberalen unterstützen die FDP-Bundestagsfraktion in ihrem Anliegen, einer sachverständigen Kommission ‚unabhängiger Persönlichkeiten‘ die Ausarbeitung eines Vorschlages zur Neufassung des Regelwerks zu überlassen, sofern die oben genannten Regelungen unverhandelbarer Bestandteil dieses Vorschlags ist. In einer solchen Kommission könnte auch eine sachgerechte Lösung für eine mögliche Verletzung von Grundrechten Dritter bei einer Offenlegungspflicht von Selbstständigen gesucht werden.



Gefängnisse in Deutschland privatisieren

Die Jungen Liberalen fordern, dass Gefängnisse in Deutschland mit Konzession und entsprechender Akkreditierung privat betrieben werden dürfen.



Berlin als alleinigen Regierungssitz

Die Jungen Liberalen fordern den unnötigen und kostenintensiven Pendelverkehr zwischen Berlin und Bonn zu beenden. Berlin hat alleiniger Regierungssitz für die Bundesregierung zu werden.



Endlich Art. 146 GG anwenden -

Sofortige Einberufung eines Verfassungskonvents!

Die Jungen Liberalen stellen fest, dass nach über einem Jahrzehnt der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands noch immer nicht die in Art. 146 GG gegebene Möglichkeit der Neugestaltung der Verfassung genutzt worden ist.

Die Jungen Liberalen fordern daher die sofortige Einberufung eines Verfassungskonvents unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, um u.a. eine nachhaltige und wirksame Reform der föderalen Ordnung in Deutschland auf den Weg zu bringen.

Ziel muss hierbei eine klare Kompetenzentflechtung zwischen Bund und Ländern sein, weshalb von Beginn an keinerlei Bereiche ausgeklammert werden dürfen. Dazu gehören vor allem die Themen Länderfinanzausgleich, Steuerautonomie, Bildung und Länderneuordnung.

Bei der Ausarbeitung ist darauf zu achten, dass die Verfassung auf strukturierte Kerninhalte zurückgeführt wird. Darüber hinaus sind insbesondere folgende Forderungen bei einer Veränderung des Status quo zu berücksichtigen:

- Aufnahme eines Neuverschuldungsverbotes
- Ermöglichung von Volksentscheiden auf Bundesebene
- Direktwahl des Bundespräsidenten
- Abschaffung der Wehrpflicht

Zusätzlich ist Berlin auch in der Verfassung als Hauptstadt zu bestätigen.

Der Konvent soll sich aus unabhängigen Experten, ehemaligen und aktiven Politikern zusammensetzen. Der Bundespräsident wird gebeten, Persönlichkeiten für diesen Konvent zu benennen, die aus ihrer ehemaligen direkten und hochrangigen politischen Verantwortung um die Probleme wissen, zugleich aber persönlich keinen Machtverlust mehr befürchten müssen.

Der ausgearbeitete Verfassungsentwurf ist im Sinne des Art. 146 GG dem deutschen Volk zur freien Entscheidung vorzulegen.



Keine Videoüberwachung der Reeperbahn!

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern, dass der Hamburger Senat keine Videokameras entlang der Reeperbahn installiert. Das Geld für Installation, Wartung und Instandhaltung soll stattdessen in Ausrüstung und Ausbildung von Polizist(inn)en gesteckt werden.



Wählen ab 16

Die Jungen Liberalen Hamburg fördern die Absenkung des Wahlalters zu den Wahlen der Hamburger Bezirksversammlungen von bisher 18 auf 16 Jahre.



Beibehaltung des Zustimmungsvorbehaltes des Behördenpräses

Die Jungen Liberalen Hamburg lehnen eine Änderung des § 17 HbgVerfSchG insoweit ab, als dass nunmehr auch besonders ermächtigten Bediensteten des Landesamtes für Verfassungsschutz die Entscheidung für eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereich zu fällen ermächtigt sind.



Verbesserung der Ausbildungssituation – Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Die Hamburger Jungen Liberalen wollen mit Änderungen in der Wirtschafts- und Bildungspolitik folgende Ziele erreichen:

1. Den Jungen Menschen wieder die notwendigen Grundkompetenzen für das Berufsleben vermitteln; sie fördern und fordern.
2. Den Betroffenen durch flexible und modularisierte Ausbildungswege mehr Freiheit für ihre berufliche Laufbahn bieten.
3. Den Unternehmen die Ausbildung und Einstellung von Jugendlichen finanziell wieder möglich machen.

1. Fördern und fordern

Jugendlichen in Hamburg mangelt es oftmals an schulischer Grundbildung und an sozialen Grundkompetenzen wie Kommunikations- und Teamfähigkeit. Auszubildende müssen diese fachlichen und sozialen Grundvoraussetzungen mitbringen. Ein Ausbildungsbetrieb darf nicht über die Maßen mit der Sozialisation von jungen Menschen belastet werden. Deshalb müssen bereits in der Schule, im Elternhaus und im sozialen Umfeld alle wichtigen Fähigkeiten und Kompetenzen vermittelt werden. Umfangreichere Schulpraktika sowie regelmäßige schulische Informationsveranstaltungen zum Thema Ausbildung und Beruf sind für die Vorbereitung auf das Arbeitsleben absolut notwendig und müssen einen höheren Stellenwert erhalten.

Jugendliche aus sozial benachteiligten Milieus müssen zusätzliche Unterstützung in Form von sozialpädagogischem „Case-Management“ bekommen. Diese Aufgabe soll nicht von staatlichen Behörden, sondern von staatlich geförderten, gemeinnützigen Institutionen (wie z.B. Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V., INCI e.V. etc.) übernommen werden. Sie sollen den Ausbildungsweg individuell begleiten und einen erfolgreichen Abschluss sicherstellen. Die diesbezügliche Förderung soll weiterhin gewährt und bei Bedarf erweitert werden - jedoch strikt gekoppelt an den Wettbewerbsgedanken der Institutionen untereinander. Gefördert werden darf nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip, sondern ausschließlich erfolgsabhängig. Eine abgeschlossene Berufsausbildung gilt dabei als

Erfolgskriterium. Gleichzeitig müssen auch Sanktionsmaßnahmen gegen Jugendliche möglich sein, die mutwillig ihre Ausbildung nicht beenden oder mehrmals abbrechen.

Die Jungen Liberalen sind dafür, Jugendliche und Auszubildende in Hamburg nicht nur zu fördern, sondern sie auch zu fordern.

2. Flexibilität statt Korsett

Die Ausbildung soll nach Meinung der Jungen Liberalen in Hamburg aus dem starren Korsett der Ausbildungsverordnungen befreit werden. Nur so kann ein modernes und konkurrenzfähiges Ausbildungssystem entstehen. Hierzu zählen modularisierte Ausbildungsgänge mit einer kurzen Grundausbildungszeit und spezifischen Vertiefungsmöglichkeiten im weiteren Ausbildungsverlauf. Dabei werden die erfolgreich absolvierten einzelnen Ausbildungsbestandteilen zertifiziert.

Darüber hinaus muss es mehr Freiheit für die Berufsschulen geben. Das bedeutet mehr Wettbewerb zwischen den Schulen. Das jeweilige Lehrangebot wird dadurch effizienter organisiert und die Qualität auf hohem Niveau erhalten.

3. Steuern und Abgaben senken

Der einzig effektive Weg, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu erhöhen, führt über eine Entlastung des Faktors Arbeit. Die Lohnnebenkosten und die den Faktor Arbeit betreffenden Steuer- und Abgabenlasten müssen deshalb drastisch gesenkt werden. Betriebe und Unternehmen, die nachweislich quantitativ und qualitativ überdurchschnittlich ausbilden, sind steuerlich zu begünstigen.

Um die Übernahmekancen ausgebildeter Jugendliche zu erhöhen, müssen die z. T. einstellungserschwerenden Regelungen zum Kündigungsschutz und bei Zeitarbeitsverträgen entsprechend geändert werden.

Kontraproduktiv sind direkte staatliche Subventionen im Sinne von Vergütungszuschüssen. Diese bedeuten, dass der Staat die Aufgabe der Ausbildung in den Betrieben in finanzieller Hinsicht übernimmt – nachdem er ihnen zuvor über Steuern und Abgaben eben diese Finanzmittel genommen hat.

Die Jungen Liberalen lehnen eine Ausbildungsplatzabgabe ausdrücklich ab. Sie verschärft das Kostenproblem der Betriebe nur noch weiter. Zudem besteht die Gefahr, dass sich andere Unternehmen, die in der Lage wären auszubilden, von ihrer Verantwortung „freikaufen“. Deshalb gehört zu den o.a. Maßnahmen auch ein Appell an die Wirtschaft, der Ausbildung als eine Investition in die Zukunft und gegen drohenden Fachkräftemangel darlegt - mithin ureigenstes Interesse aller Wirtschaftsteilnehmer.



Keine Übernahme von HHLA und HHA durch die Deutsche Bahn

Die Jungen Liberalen Hamburg begrüßen die Überlegungen der Deutschen Bahn den Firmensitz von Berlin nach Hamburg zu verlagern. Ein Umzug der Deutschen Bahn von der Spree an die Elbe würde die wirtschaftliche Ausrichtung des Unternehmens im Zusammenhang mit einem anvisierten Börsengang der Deutschen Bahn unterstreichen.

Die Jungen Liberalen Hamburg lehnen jedoch die Übernahme von Anteilen von HHLA und HHA durch die Deutsche Bahn ab.

Die Deutsche Bahn ist immer noch ein 100%iger Staatsbetrieb. Mit der Übernahme von Anteilen von HHLA und HHA würde dieser Staatsbetrieb durch die entstehende Wirtschaftsmacht private Wettbewerber ausbremsen können. Mit dem Einstieg bei der HHLA ist die Gefahr verbunden, dass private Konkurrenz von der Deutschen Bahn benachteiligt werden könnte. Mit einer Übernahme von Anteilen der HHA durch die Deutsche Bahn würde die Deutsche Bahn zugleich Anteile von weiteren Wettbewerbern erhalten. Die HHA ist heute an mehreren privaten Eisenbahnunternehmen beteiligt. Über die HHA könnte die Deutsche Bahn weitere Konkurrenten übernehmen. Dies wäre ein deutlicher Rückschlag für einen freien Wettbewerb im Schienenverkehr.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern den Senat und die Bürgerschaft der FHH auf, die Übernahme von Anteilen der HHLA und der HHA durch die Deutsche Bahn zu verhindern



Den Deutschen Wetterdienst (DWD) umgehend privatisieren!

Die Jungen Liberalen Hamburgs fordern die FDP und die FDP-Bürgerschaftsfraktion auf, auf eine Privatisierung des in Hamburg ansässigen Deutschen Wetterdienstes (DWD) hinzuwirken und entsprechende Initiativen einzuleiten.



Mehr Freiheit für das Handwerk

Die Jungen Liberalen wollen Unternehmensgründungen im Handwerk erleichtern. Die Entscheidung über die angebotenen handwerklichen Produkte und Dienstleistungen und die Art und Anzahl der Unternehmen wollen die Jungen Liberalen dem eigenverantwortlichen, mündigen Konsumenten und Bürger überlassen.

Die Jungen Liberalen lehnen den Meisterzwang für Unternehmensgründungen ab. Wer einen handwerklichen Beruf erlernt hat und ihn unter Wettbewerbsbedingungen selbständig ausüben will, soll daran nicht vom Staat oder anderen Institutionen gehindert werden. Durch die bestehende Pflicht zum Meisterbrief bei Unternehmensgründungen gehen viele Chancen verloren. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen ist durch die aktuelle Regelung eingeschränkt. Neue Arbeitsplätze können nicht entstehen, das Wachstum des Volkseinkommens bleibt beschränkt.

Die Jungen Liberalen sind für mehr Freiheit bei der Neugründung von Unternehmen. Die Macht der Handels- und Handwerkskammern verhindert Wettbewerb. Die Möglichkeit, Unternehmen einer bestimmten Branche in einem bestimmten Gebiet zuzulassen oder ihnen den Zutritt zum Markt und dem Konsumenten zu verwehren, passt nicht zum System der freien Marktwirtschaft und des Wettbewerbs. Marktein- und Austrittsbarrieren müssen überall dort abgebaut werden, wo es möglich ist. Das betrifft auch den Bereich des Handwerks. Unternehmensgründungen müssen überall dort möglich sein, wo Menschen einen Markt für sich und ihre Angebote sehen. Der Konsument und mündige Bürger soll durch seine Nachfrage und sein Kaufverhalten Art und Anzahl der Anbieter einer Branche in einer bestimmten Region bestimmen.

Die Jungen Liberalen vertrauen auf den mündigen Konsumenten. Die Entscheidung, welches Produkt bei welchem Anbieter zu kaufen sei, soll dem eigenverantwortlichen Bürger überlassen bleiben. Das freie Zusammenkommen von Anbietern und Nachfragern ist die beste Voraussetzung für Qualitätssicherung durch Wettbewerb. Aufgabe des Staates ist es, die Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards zu gewährleisten.



Handelskontore für den Nord- und Ostseeraum

Die Freie und Hansestadt Hamburg möge nach dem Beispiel des China Center Europe (CCE) Kontore auch für die Handelsräume Nordsee und Ostsee einrichten.



Ladenschluss insbesondere auch für Sonn- und Feiertage streichen

Die Jungen Liberalen fordern die ersatzlose Streichung des Ladenschlusses insbesondere auch für Sonn- und Feiertage.



Problematik gesetzliche Mindestlöhne

Die Jungen Liberalen fordern, dass keine gesetzlichen Mindestlöhne in Deutschland eingeführt werden.



Für eine konsequente Nutzung des Nachhaltigkeitsfaktors

Die Jungen Liberalen fordern, dass der Nachhaltigkeitsfaktor der Rentenanpassungsformel im RV-Nachhaltigkeitsgesetz konsequent genutzt wird. Das bedeutet, dass er auch dann Anwendung findet, wenn er zu einer Reduktion des aktuellen Rentenwertes führt.

Es ist des weiteren dafür Sorge zu tragen, dass mit dem Gewichtungsparemeter als „Politikvariable“ eben keine „Politik der Geschenke“ betrieben wird, sondern er nur mit Blick auf Einhaltung des Beitragssatzziel von unter 20vH in 2020 und unter 22 vH in 2030 Anwendung findet.

Weiterhin ist aus Sicht der Jungliberalen mittelfristig der Aufbau einer parallelen kapitalgedeckten Säule der Alterssicherung anzustreben.



Hamburg: Drehscheibe für den Ostseehandel

Chancen im europäischen Binnenhandel nutzen

Nach dem Beitritt der osteuropäischen Ostsee-Anrainerstaaten zur Europäischen Union haben sich die wirtschafts- und handelspolitischen Herausforderungen und Chancen für Hamburg enorm vergrößert. Im gesamten Ostseeraum leben 70 Millionen Menschen. Die Ostsee ist das Tor zu Skandinavien, Mittel-Osteuropa und Russland. Hamburg besitzt durch seine wirtschaftsgeographische Lage und den Hafen die besten Voraussetzungen, zur Drehscheibe des europäischen Handels im Ostseeraum zu werden.

Bereits heute entfällt ein Viertel aller in Hamburg umgeschlagenen Container auf den Ostsee- und Osteuropahandel. Die wirtschaftliche Dynamik der baltischen und osteuropäischen Staaten bedeutet in den kommenden Jahren weiteren Zuwachs. Um die bisher erarbeitete Stellung Hamburgs als Vorreiter im Ostseehandel weiter auszubauen, gilt es die bestehende Infrastruktur für Handel und Transport weiter auszubauen und zu verbessern.

Durch den Lübecker Hafen samt Containerterminal (CTL) laufen alle Waren, die über Hamburg nach Osteuropa verschickt werden. Die Bahnverbindung zwischen Hamburg-Hafen und Lübeck-Siems, über die der Großteil des Containertransports abgewickelt wird, sollte deswegen vollständig elektrifiziert und ausgebaut werden. Die Güterumgehungsbahn auf Hamburger Stadtgebiet zwischen Hafen und dem Anschluss zur Strecke nach Lübeck soll durchgehend zweigleisig ausgebaut werden. So wird der Zuwachs an Warenumschlag schnell, zuverlässig und nachhaltig gesichert.

Dem Ausbau der A 250 als A 14 nach Süddeutschland und weiter nach Südosteuropa hat für Hamburg als Drehscheibe des europäischen und internationalen Warenverkehrs von und nach Mittel- und Osteuropa besondere Bedeutung. Das gleiche gilt für den Bau der A 20 als Verkehrs- und Transportverbindung in Norddeutschland Richtung Baltikum und Osteuropa respektive Russland. Der Aus- und Neubau dieser Autobahnverbindungen und deren Betrieb sollen Privatunternehmen übernehmen. Sie sollen die Möglichkeit erhalten für die Benutzung ihrer Straßen ein Nutzungsentgelt (bspw. Vignette) zu verlangen. Die Kosten für Neubau und Unterhalt sollen nicht durch den Steuerzahler aufgebracht werden.

Auch die skandinavischen Länder erleben durch die Öffnung nach Osten einen Anstieg des Handelsvolumens mit den Ländern Osteuropas. Deutschland wird zum Transitland. Für einen schnelleren und effizienteren Personen- und Warenverkehr von und nach Nordeuropa sollte sich Hamburg für eine feste Querung des Fehmarnbelts einsetzen. Auch hier soll der Bau, dessen Finanzierung und der Betrieb von der Privatwirtschaft übernommen werden.



Softwarepatente: Wettbewerbs- und Innovationshemmer

Das EU-Parlament stellte in einer Plenarsitzung entgegengesetzt der bisherigen Regelung durch Artikel 52 des EPÜ (Europäisches Patentübereinkommen) die Rechtmäßigkeit von Softwarepatenten fest. Die Jungen Liberalen fordern, mögliche gesetzgeberische Spielräume bei der Umsetzung ins nationale Recht für eine Einschränkung der weiträumigen Ansprüche zu nutzen.



Junge Liberale

Hamburg

Subvention von SUV beenden

Die steuerliche Subvention von Komfort-Geländewagen (SUV) muss wegfallen.

Umsetzung:

Für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge soll eine Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h gelten.



Zukunft für Hamburg: Life Science. Heute die Weichen stellen

Hintergrund

Es sind die Entscheidungen von heute, die die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und sichern. Für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hamburg sind die sog. Zukunftsbranchen von ganz herausragender Bedeutung. Hier entstehen speziell für junge, qualifizierte Arbeitskräfte neuer Arbeitsplätze. Eine dieser Zukunftsbranchen ist Life-Science, die Medizin, Pflege- und Biotechnik. Hamburg muss eine innovative Vorreiterrolle spielen, um sich im Standortwettbewerb einen nachhaltigen Vorsprung zu verschaffen. Bis dato gibt es keine zentrale Kompetenzregion innerhalb der Bundesrepublik. Es gilt daher, eine ebenso ganzheitliche wie innovative Life-Science-Konzeption für Hamburg zu entwickeln.

Die Vorschläge im Einzelnen:

1. Bildung und Forschung stärken

Hervorragend ausgebildete Fachkräfte sind gerade im Bereich Life-Science ein entscheidender Standortfaktor. Der Weg dorthin führt über ein international erstklassiges Niveau bei Wissenschaft und Forschung. Dazu bedarf es eines deutlichen Ausbaus der relevanten Bereiche Medizintechnik, Biotechnologie und Bioinformatik. Auch die anwendungsorientierten Forschungs-Kooperation mit der Wirtschaft (Public-Private Partnership) können einen erheblichen Beitrag leisten und müssen unterstützt und gefördert werden.

Die Hochschulen, Wirtschaft und Kliniken müssen ihre Zusammenarbeit deutlich enger verzahnen und vernetzen. Die vom Senat geplante Koordinierungsagentur „i-Med“ ist ein gelungener Ansatz. Bei der operativen Umsetzung von „i-Med“ muss sichergestellt werden, dass weder das Budget noch Gestaltungskompetenzen beschnitten werden.

Darüber hinaus kann ein interdisziplinärer Studiengang „Life-Science“ zukünftig das Studienangebot ergänzen und stärken. Auch die Einbindung der Schulen spielt eine wichtige Rolle. So können z. B. Life-Science-Wissensbereiche verstärkt in Lehrpläne integriert werden und Schulpraktika in Life-Science Unternehmen angeboten werden.

2. Ansiedlungs- und Investitionsaktivitäten anregen

In Hamburg sind bereits einige große Unternehmen aus dieser Zukunftsbranche ansässig: die Medizinsparten von Philipps und Olympus, Eppendorf, GlaxoSmith, Hermal und Beiersdorf. Um weitere Ansiedlungen zu erreichen, muss Hamburg ansiedlungsorientierte Rahmenbedingungen schaffen, die insbesondere auf die klein- und mittelständisch geprägten Unternehmen ausgerichtet sind. Mögliche Stellschrauben sind z. B. die Gewerbesteuer, branchenspezifische Fördermittel und Ansiedlungssubventionen.

Auch die Verschlankung von Genehmigungs-Bürokratie erhöht die Standortattraktivität. Ein Info-Büro "Life-Science" kann hier verschiedene Anlaufstellen bündeln und als zentrale Beratungs- und Koordinationsstelle dienen. Unternehmen können sich über Ansiedlungs-, Investitions-, Patents- und Rechtsfragen informieren und beraten lassen. Das Info-Büro kann zudem im Rahmen von Kooperationen mit nationalen und regionalen Förderinstitutionen den Zugang zu öffentlichen und privaten Geldgebern erleichtern.

3. Life-Science-Arena anstreben

Effizientes Wissensmanagement und hochleistungsfähige Kommunikations-Infrastruktur sind entscheidende Erfolgsfaktoren. Ein Life-Science Park, hier genannt Life-Science-Arena, kann Wirtschaft und Wissenschaft zu einem Kompetenz-Netzwerk verknüpfen. Dieses kann räumlich erfolgen und/oder über eine einheitliche Kommunikations-Infrastruktur (Breitband-Intranet, TV-Konferenzen etc). Mit einer solchen Life-Science-Arena hat Hamburg die Chance, einen Produktions- und Wissenspool zu entwickeln und ein Netz von Life-Science Anbietern und Nachfragern zu knüpfen. Eine Life-Science-Arena wirkt damit als Magnet für weitere Ansiedlungen und entfaltet eine erhebliche Eigendynamik.

4. Marketing und Kommunikation einsetzen

Der Hamburg muß sich als Life-Science-Standort für potenzielle Unternehmen bzw. Investoren offensiv bekannt machen und international profilieren. Hierzu bietet sich eine Image-Kampagne an, z. B. mit Präsenz auf Fachmessen, Road-Shows, Internet-Auftritt u.w.

Grundsätzlich hat die Stadt eine gute Ausgangslage: internationale Bekanntheit, gute Infrastruktur, multikulturelles Flair, Weltoffenheit, charmante Bürger, intakte Umwelt – genau das, was junge Medizin-Spezialisten und -StudentInnen heute suchen.

Eine erfolgreiche Life-Science-Politik braucht eine breite Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung. Deshalb hilft auch in Bezug auf die Hamburger BürgerInnen eine offene Kommunikationsstrategie. Life-Science muss als zukunftsorientierte Branche transparent gemacht werden, die Vorteile klar

geschildert werden. So kann auch möglichen Vorbehalten und Vorurteilen, z. B. gegenüber der Genforschung, entgegen gewirkt werden.